

Aus Leserbriefen an die Redaktion

Wichtiger als Grenzen

→ Zu jW vom 3.8.: [»Odessa dicht«](#)

Es ist verständlich, dass die Ukraine Odessa und den Zugang zum Schwarzen Meer beansprucht. Auch wenn ein großer Teil der Bevölkerung Russisch spricht. Voraussetzung ist ein friedliches Miteinander von beiden Bevölkerungsgruppen. Durch die russischen Angriffe ist der Hafen von Odessa blockiert. Da fällt dem ukrainischen Präsidenten nichts Besseres ein, als wieder nach Waffen zu rufen. Wo bleiben die friedlichen Lösungen und ein ungestörter Handel beider Länder auf dem Schwarzen Meer!

Etwas aus der Geschichte: Es ist noch nicht lange her, als Odessa eine multinationale Bevölkerung hatte – russisch, ukrainisch, polnisch; Menschen jüdischen Glaubens ... Mein polnischer Großvater aus Warschau (geb. 1873) leistete in Odessa seinen Militärdienst. Der Ostteil Polens war damals unter russischer Besatzung. Er verdiente dort goldene russische Rubel, die »Schweinchen« genannt wurden. Um die Jahrhundertwende emigrierten zwei Millionen Polen nach Nord-, Südamerika und Deutschland. Nach dem Ersten Weltkrieg 1918 wurde Polen unabhängig. Und nach dem Zweiten Weltkrieg änderten sich wieder die Grenzen in Europa. Es kam eine längere friedliche Zeit. Frieden ist wichtiger als die Grenzen. Frieden ist ein kostbares Gut. Daran müssten alle arbeiten. Freundschaft zwischen den verschiedenen Nationen und Abrüstung dürfen nicht zu Fremdwörtern werden.

Zofia Neumann, Berlin

»Unbequeme Frage«

→ Zu jW vom 7.8.: [»Änderung der Spielregeln«](#)

Vier Jahre Krieg, unzählige Waffenlieferungen und Milliarden an Steuergeldern später ist eine unbequeme Frage fällig: Hat die Militärhilfe der NATO ihr erklärtes Ziel erreicht? Die Realität spricht eine ernüchternde Sprache. Trotz massiver Unterstützung konnte der Krieg nicht beendet werden, statt dessen wurden Fronten verhärtet und das Sterben verlängert. Weder ist die Ukraine militärisch entscheidend vorangekommen, noch wurde ein dauerhafter Frieden nähergebracht.

Die westlichen Steuerzahler haben dafür enorme Summen aufgebracht – Geld, das auch für Infrastruktur, Bildung oder soziale Sicherheit hätte eingesetzt werden können. Wer heute nüchtern Bilanz zieht, muss feststellen: Mehr Waffen haben den Krieg nicht gelöst. Das bedeutet nicht, Russlands Angriff zu rechtfertigen, sondern die Wirksamkeit der bisherigen Strategie kritisch zu hinterfragen. Politik darf nicht an einmal eingeschlagenen Wegen festhalten, wenn diese ihre Ziele verfehlen. Es ist höchste Zeit, den Fokus auf Diplomatie

und realistische Friedensperspektiven zu richten, statt immer neue Milliarden in einen Krieg ohne erkennbare Lösung zu investieren.

Klaus Neumann, Bremen

Ostlandreiter

→ Zu *jW* vom 7.8.: [»Höllenmaschine«](#)

Es ist die Quittung für eine Politik, die die Interessen der Bürger – keinen Krieg mit Russland – missachtet. Es wird sichtbar, wie nahe der Ukraine-Krieg an uns herangerückt ist. Auch wenn es einige nicht wahrhaben wollen: Deutschland ist die Logistikkreuzung für die Waffenlieferungen der NATO, letztlich für die Aufrechterhaltung des Ukraine-Krieges. Die Rüstungskonzerne, nicht nur in Deutschland, brauchen diesen Krieg, um ihre extremen Profite zu sichern. Bleibt letztlich die Frage, wem nützt dieser Drohneneinsatz? Er nützt den ewigen »Ostlandreitern«. Er nützt nur Leuten wie Roderich Kiesewetter, die nicht erst seit heute mit aller Macht gegen Russland marschieren wollen. Und wenn sich Deutschland immer tiefer in den Krieg hineinziehen lässt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn es zu solchen Aktionen kommt, wer auch immer das fabriziert hat, ob wahr oder Fake News.

Dietmar Hänel, Flöha

Die Ordnung des Verkehrten

→ Zu *jW* vom 6.8.: [»Aus Leserbriefen an die Redaktion«](#)

Bezugnehmend auf den Leserbrief von Margitta Mattner, der in der *jW* vom 6. August veröffentlicht worden ist: In einer verrückten Ordnung ist das Verrückte die unsichtbare Norm. Die Gemeinheit fällt nicht auf. Dagegen hilft: entlarven.

»Miete für viele schwer bezahlbar: Was hält vom Kauf ab?«, fragt die *Deutsche Presseagentur*, ein Schwergewicht unter den Informanten hinter *ARD*, *Zeit* und anderen Medienhäusern. Das ist die Neuauflage des Marie-Antoinette zugeschriebenen Satzes: »Wenn sie kein Brot haben, sollen sie Kuchen essen.«

»Kuba ist ein Desaster (...) Es sind inkompetente Leute, die dieses Land zerstört haben«, sagt Marco Rubio, der aus einer kubanischen Familie stammt. Das ist spätkoloniale Selbstherrlichkeit mit Phantomschmerz. Im Klartext: Zerstört wird Kuba nicht in Havanna, sondern in Washington, dem Epizentrum globaler Inkompetenz.

Konrad Mahr, per E-Mail

Axt am Baum

→ Zu *jW* vom 4.8.: [»Baumtod auf Raten«](#)

Es entstand in den vergangenen Jahren, insbesondere seit 1990, oft der Eindruck, man säge an den ostdeutschen Straßenbäumen so lange herum, bis diese dann endlich mal so verstümmelt sind, dass man sie leider, leider fällen

muss. Selbst an kleinen Ortsverbindungsstraßen ist der Verlust an Obstbaum- und anderen Alleen gravierend. Es schien fast, als bekämen sogar diese Bäume den ganzen Hass auf alles Ostdeutsche ab, weil es hier eben nicht schöner sein darf als weiter westlich. Ersatzpflanzungen sind selten, weil die in den 60ern geistig stehengebliebene westdeutsche Automafia an irrwitzigen Abstandsnormen festhält (die teure Landkäufe erfordern und dann auch jeden landschaftstypischen Alleecharakter zunichte machen). In den Städten sieht es nicht viel besser aus: Man denke etwa an Dresden – 1990 eine Stadt der großen Stadtstraßenallee-bäume, heute nur noch ein Schatten seiner selbst. Die Bauwut sorgt dafür, dass die Neupflanzungen schon wieder weg müssen, bevor sie eine respektable Größe erreicht haben.

Ronald Kretzschmar, Dresden

Es entstand in den vergangenen Jahren, insbesondere seit 1990, oft der Eindruck, man säge an den ostdeutschen Straßenbäumen so lange herum, bis diese dann endlich mal so verstümmelt sind, dass man sie leider, leider fällen muss.

<https://www.jungewelt.de/artikel/527641.aus-leserbriefen-an-die-redaktion.html>